

Selbstständiger Antrag der NEOS Vorarlberg

Beilage 43/2026

An das
Präsidium des Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 31. März 2026

Betreff: Einfach melden, wirksam schützen: Niederschwellige Wege gegen Mobbing

Sehr geehrter Herr Präsident,

jedes Kind hat das Recht, frei und sicher aufzuwachsen. Wo Mobbing geschieht, wird dieses Recht verletzt. Schulen sind ein besonders anfälliger Raum, weil hier Schüler:innen mit einem erhöhten Bedürfnis nach Macht und Anerkennung austesten, wer sich herabwürdigen lässt, und Rollen in Gruppen rasch verfestigt werden – so die Gewaltpräventionsexpertin Anja Ebenschweiger vom Mobbingzentrum Österreich.¹ Mobbing ist dabei nicht als einzelner Konflikt zu verstehen, sondern als strukturelles Machtungleichgewicht zwischen Kindern und Jugendlichen. Daraus folgt: Präventions- und Interventionsansätze müssen konsequent die Perspektive der Betroffenen ins Zentrum stellen – und vor allem niederschwellig zugänglich sein. Gerade im Kontext von Mobbing ist das entscheidend, da viele Betroffene aus Angst oder Scham bestehende Meldewege nicht nutzen. Gerade in einem Alter, in dem sich Kinder und Jugendliche weder ihren Eltern noch innerhalb schulischer Strukturen anvertrauen wollen oder können, braucht es niederschwellige, sichere und auch digitale Möglichkeiten, außerhalb dieser Strukturen den ersten Schritt zu machen und Hilfe zu suchen.

Gleichzeitig ist anzuerkennen, dass in den letzten Jahren in der Prävention – etwa durch die Arbeit der „Offenen Jugendarbeit“ sowie durch den von mehreren Parteien geforderten Ausbau der Schulsozialarbeit – gute Fortschritte im Kampf gegen Mobbing erzielt wurden. Dennoch muss unser Ziel sein, das System insgesamt noch niederschwelliger und für Betroffene leichter zugänglich zu gestalten.

Internationale Beispiele zeigen, dass wirksame Strategien gegen Mobbing auf mehreren Ebenen gleichzeitig ansetzen müssen – und verlässliche, niederschwellige Meldewege entscheidend sind. Programme wie das finnische KiVa-Antimobbing-Programm² oder nationale Ansätze in anderen Ländern wie Norwegen verdeutlichen, dass evidenzbasierte, systematisch umgesetzte Maßnahmen – bestehend aus Prävention, klaren Interventionsketten und konsequenter Einbindung der gesamten

¹ <https://diesteirerin.at/lifestyle/gewalt-beginnt-leise/>

² <https://www.kivaprogram.net/>

Schulgemeinschaft – Mobbing nachweislich deutlich reduzieren. Zentral dabei ist auch ein kontinuierliches Monitoring sowie die Möglichkeit für Betroffene, Vorfälle unkompliziert und sicher zu melden.

Gerade hier zeigt sich auch in Vorarlberg Handlungsbedarf: Ein einheitliches Meldesystem fehlt bislang. Vorfälle werden uneinheitlich erfasst oder bleiben ganz aus. Das führt nicht nur zu einem erheblichen Dunkelfeld, sondern erschwert auch die Beurteilung, ob bestehende Maßnahmen tatsächlich wirken. Zudem zeigen Anfragebeantwortungen, dass die Zahl der gemeldeten Fälle auf dem Papier in den letzten Jahren zurückgegangen ist. Auch die Struktur der Meldungen ist aufschlussreich: Dass von 96 Meldungen im Schuljahr 2024/25 lediglich eine von einem Schüler und eine von einem Schulsozialarbeiter stammt, legt Defizite im System offen.

Gerade vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass zusätzliche Zugänge zur Erhebung der Perspektiven von Kindern und Jugendlichen notwendig sind. Ein Instrument dafür sind Umfragen. So erreichte etwa das Jugendinformationszentrum aha Vorarlberg mit einer Umfrage zum Thema „Social Media“ rund 600 Jugendliche.³ Vergleichbare, belastbare Daten fehlen jedoch im Bereich Mobbing. Daten zu den Lebensrealitäten junger Menschen können helfen, das System zielgenauer und wirksamer auszurichten. Daraus ergibt sich ein klarer politischer Handlungsbedarf: Es braucht verlässliche Grundlagen. Ohne eine solche Datengrundlage bleibt vieles im Unklaren: Wie verbreitet ist Mobbing in Vorarlberg tatsächlich? Wie können wir Schüler:innen dazu ermutigen, Fälle zu melden? Wie erleben Kinder und Jugendliche bestehende Melde- und Unterstützungsangebote im Alltag?

Im Kampf gegen Mobbing braucht es verlässliche Strukturen, ein gutes Monitoring sowie vor allem niederschwellige, auch digital zugängliche Meldewege. Es geht darum, hinzusehen, zuzuhören und Strukturen zu schaffen, die Kinder und Jugendliche tatsächlich erreichen.

Vor diesem Hintergrund stellen wir hiermit gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgenden

ANTRAG

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Vorarlberger Landesregierung wird aufgefordert

- 1.) eine landesweite, niederschwellig durchzuführende Jugendumfrage (z.B. in Kooperation mit dem aha) zum Thema Mobbing umzusetzen, um eine belastbare und vergleichbare Datengrundlage über Verbreitung, Erscheinungsformen sowie das Meldeverhalten und die Bekanntheit bestehender Unterstützungsangebote zu schaffen;**
- 2.) gemeinsam mit relevanten Stakeholdern (z. B. KoMo, KiJa, Landesschülervertretung, Schulen, Schulsozialarbeit etc.) die Einrichtung einer niederschweligen und digital nutzbaren Meldemöglichkeit („virtueller Briefkasten“) zu entwickeln und umzusetzen,**
- 3.) bestehende Präventions-, Interventions- und Unterstützungsmaßnahmen im Bereich Mobbing systematisch zu evaluieren und evidenzbasiert weiterzuentwickeln.“**

³ <https://vorarlberg.orf.at/stories/3333797/>

LABg. KO Claudia Gamon MSc (WU)

LABg. Fabienne Lackner

LABg. Mag. Katharina Fuchs